

Für die Mehrheit drängt die Zeit: Externe Berater stellen sich vor

Obernkirchen (rnk). Zwei Berater werden sich im nächsten Monat im Verwaltungsausschuss des Stadtrates vorstellen, einer von ihnen soll künftig dafür Sorge tragen, dass die Verwaltung der Stadt ihre Effizienz steigert. Das beschlossen die Mitglieder des Finanzausschusses mehrheitlich. 10 000 Euro für diese Aufgabe hat der Rat mit der Mehrheit von CDU, WGO, Einzelbewerber Dr. Konrad Bögel und den Grünen in der letzten Ratssitzung gegen die Stimmen der SPD in den Haushalt setzen lassen, um dafür eine "externe Begleitung der Aufgabenkritik" zu engagieren. Für die Gruppe "Mitte" drängt die Zeit. Nicht nur, weil "die Stadt Obernkirchen aus eigenen Mitteln nicht in der Lage sein wird, kurzfristig ausgeglichene Haushalte zu verabschieden", wie im Prüfungsbericht des Landkreises die finanzielle Lage der Bergstadt umschrieben steht, sondern weil mit Bernd Hellmann der Kämmerer und stellvertretende Stadtdirektor Obernkirchen verlässt. "Die Überlastung der Verwaltung durch das Tagesgeschäft lässt nicht erwarten, dass die wichtigen Aufgaben im Rahmen der Konsolidierung intern mit dem Nachdruck angegangen werden können, wie dies mit Blick auf die Haushaltslage erforderlich wäre", heißt es in einem jetzt an Stadtdirektor Wilhelm Mevert überreichten Bericht der Gruppe "Mitte" zur "Effizienzsteigerung in der Stadtverwaltung Obernkirchen". Eine externe Begleitung durch einen ausgewiesenen Fachmann sei daher notwendig. Mevert kommentierte das "Pflichtenheft" im Finanzausschuss nicht. Die SPD stimmte erneut gegen die Hinzunahme eines externen Beraters. Die vakante Stelle von Hellmann wird auf Verwaltungsvorschlag von Stadtamtsrat Bernhard Watermann besetzt, der damit auch allgemeiner Vertreter des Stadtdirektors ist. Die Mehrheitsgruppe "Mitte" setzte sich im Finanzausschuss mit ihrem Vorschlag durch, diese Änderung bis zum 31. Mai 2004 zu befristen. Die SPD hätte Watermann gerne "ein komplettes Finanzjahr" gegeben, wie es Oliver Schäfer formulierte. Doch für ihre Forderung, die Frist für Watermann erst am 31. Dezember 2004 auslaufen zu lassen, fand sie keine Mehrheit.

© Schaumburger Zeitung, 17.05.03